

## Positionspapier der AG Recht auf Wohnen für die Sicherung der Versorgung von Wohnungsnotfällen in Leipzig

Die Träger der Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe stellen fest, dass die Suche nach sozialhilferechtlich verfügbaren Wohnungen für Wohnungslose in Leipzig nahezu aussichtslos geworden ist. Insbesondere wohnungslose Alleinstehende mit Mietrückständen oder anderen Problemlagen sind nicht mehr in Wohnungen in angemessener Größe vermittelbar, hauptsächlich weil es Wohnungen in sozialhilferechtlich angemessener Größe und Standard nicht gibt.

Die Träger stellen fest, dass sich das Problem dadurch verschärft, dass kleine Kommunen im Umland ihre diesbezüglichen Hilfeinrichtungen schließen und die Betroffenen nach Leipzig und das hier bestehende breit angelegte soziale Hilfenetz verweisen. Die AG Recht auf Wohnen fordert diesbezüglich den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, die Wohnungsmarktakeure sowie den sächsischen Städte- und Gemeindetag auf, die Thematik zu beraten und die Wohnungslosen im Blick zu behalten.

## *Unsere Forderungen*

### 1. Flächendeckende Versorgung von Wohnungsnotfällen in den Landkreisen und Kommunen (Forderung an den Städte- und Gemeindetag)

Verschiedene Kommunen und Landkreise machen unzureichende, zu wenige oder gar keine Angebote für ihre Wohnungsnotfälle und verweisen oft auf das Leipziger Wohnungsnotfallhilfesystem. Es ist für die Betroffenen nicht förderlich und überlastet zugleich das Hilfenetz der Stadt Leipzig, wenn Menschen aus ihrem verbliebenen sozialen Umfeld heraus nach Leipzig vermittelt werden, um hier Unterstützung und einen neuen Anfang zu finden. Deswegen fordern wir die Stadt Leipzig auf, im Städte- und Gemeindetag das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wir fordern die Schaffung bzw. den Ausbau von Fachstellen zur Prävention und zur nachhaltigen Regulierung von Wohnungsnotfällen in den Landkreisen und kleinen wie großen Kommunen. Auch in Leipzig erfolgt Beratung zum Teil mit der Information, dass man mit einer Räumungsklage wenige Chancen hat, in der Stadt wieder eine Wohnung zu bekommen.

### 2. Sozialer Wohnungsbau

Der Bedarf an vermittelbarem, sozialhilfeangemessenem Wohnraum ist in Leipzig wesentlich größer, als er gedeckt werden kann. Die Bemühungen der Stadt Leipzig sind noch nicht ausreichend. Es ist derzeit nahezu unmöglich, Menschen mit sozialen Mehrfachproblemlagen nach Wohnungslosigkeit wieder in eine Wohnung zu vermitteln. Die AG Recht auf Wohnen unterstreicht: Die eigene Wohnung ist ein Menschenrecht. Dieses kann nicht ersetzt werden durch Einrichtungen zur Notunterbringung. Die Stadt Leipzig, die städtische Wohnungsbau-gesellschaft LWB, Wohnungsbau-Genossenschaften und private Vermieter sollen sich daran halten, 30 % ihres Bestandes als sozial-gebundene Wohnungen zu entwickeln und vorzuhalten. Dafür sind auch Wohnungen im Bestand durch Umbau und Ausbau geeignet.

### 3. Soziale Problemquartiere vermeiden

Die AG Recht auf Wohnen fordert die Stadt Leipzig auf, der Häufung von sozialen Problemlagen in Stadtteilen vorzubeugen. Durch Steuerung und Stadtentwicklungsmaßnahmen muss weiterhin gewährleistet werden, dass sich in Leipzig keine sozialen Brennpunkte herausbilden. Auch in Zeiten absoluter Konkurrenz um Wohnungen sollen die Bedarfe von finanziell benachteiligten Gruppen gleichberechtigt angesehen und behandelt werden. Darunter ist auch eine gezielte multiethnische Besiedlung der Stadtquartiere zu verstehen, welche die Integration fördern und soziale, ethnische Isolation verhindern soll. Wohnungsunternehmen sollten nach Möglichkeit die Vermietung so steuern, dass einer Segregation entgegengewirkt wird.

### 4. Bedarf für Hilfen und für Notunterbringung erfassen

Die Erfassung von Wohnungsnotfällen, deren Beratungs- und Hilfebedarf, die tatsächliche Inanspruchnahme von Hilfen, die Versagung von Hilfen und deren Begründung, Alter und Herkunft der Betroffenen – alles das wird derzeit noch nicht dokumentiert. Für die bedarfsge-rechte Bereitstellung von Angeboten und daraufhin die gezielte Hilfestellung ist eine umfassende Statistik notwendig. Diese bisherige Statistik muss nach datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten durch die zuständige Behörde der Stadt Leipzig gemeinsam mit den Trägern der Wohnungsnotfallhilfe erweitert werden.

## 5. Gesundheitliche Betreuung von Wohnungslosen

Durch das Leben auf der Straße wird der Gesundheitszustand der Wohnungslosen massiv beeinträchtigt. Viele Wohnungslose haben kaum oder gar keinen Zugang zum Gesundheitssystem. Die Übernachtungshäuser und Tagestreffs erfahren teilweise ehrenamtliche Unterstützung durch medizinisches Fachpersonal.

a) Die Versorgung von Wohnungslosen, insbesondere für diejenigen die auf der Straße leben, verlangt zur Verhinderung von Verelendung ein regelmäßiges aufsuchendes Angebot durch einen ambulanten medizinischen Dienst in Leipzig (vergleichbar mit München, Berlin oder Hamburg). Dieser soll in Leipzig eingerichtet werden.

b) Für pflegebedürftige Wohnungslose wird ein Belegrecht auf freie Plätze in Pflegeeinrichtungen benötigt.

c) Für akut erkrankte Personen, die Bettruhe verordnet bekommen haben oder die an einer ansteckenden Krankheit leiden, sollen die Übernachtungshäuser die entsprechende personelle Ausstattung und die Zuständigkeit bekommen, damit die Kranken das Haus nicht am Vormittag verlassen müssen, wie es die Hausregel verlangt. Wohnungslose Menschen haben ein Recht auf häusliche Pflege.

d) Notunterkünfte müssen barrierefrei erreichbar und zugänglich sein. Eine Anzahl von Plätzen in den Übernachtungshäusern muss den Forderungen der DIN-18040 nach Barrierefreiheit entsprechen.

## 6. Präventive Angebote stärken

Zwischen Anbietern des Ambulant Betreuten Wohnens nach § 67 SGB XII und Vermietern entstehen bereits Kooperationen, den Wohnungsverlust bei besonders gefährdeten Menschen zu verhindern. Darüber hinaus sollen breite Bevölkerungskreise informiert sein, wo im Wohnungsnotfall Hilfe zu bekommen ist. Das soll mit Hinweisen an öffentlichen Stellen, z. B. Straßenbahn, Flyern in öffentlichen Einrichtungen oder durch ein Notfalltelefon erfolgen.

AG Recht auf Wohnen

**Unterzeichner und Unterzeichnerinnen:**

S. Nemczak - AWW Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen,

T. Eisenhardt - AK Reso e. V.

B. Enkel - Caritasverband Leipzig e. V.

R. Knepper – Projekt Funke, Diakonisches Werk, Innere Mission Leipzig e. V.,

G. Schleusener – Tagestreff Oase Diakonisches Werk, Innere Mission Leipzig e. V.,

C. Rosch - Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

S. Schlegel - Stadtratsfraktion Die Linke.

- Netzwerk Leipzig – Stadt für alle

AG Recht auf Wohnen Leipzig, c/o Ökumenische Kontaktstube für wohnungslose Menschen  
- Leipziger Oase, Frau Schleusener, Nürnberger Straße 31, 04103 Leipzig

- Arbeitskreis aufsuchende Sozialarbeit
- AIDSHILFE Leipzig e.V.
- Machtlos e. V.